



03.409

Parlamentarische Initiative

Speck Christian.

Elektrizitätsmarkt.

Sichere Versorgung

Initiative parlementaire

Speck Christian.

Marché de l'électricité.

Garantir l'approvisionnement

Erste Phase – Première étape

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.04 (ERSTE PHASE - PREMIÈRE ÉTAPE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.04 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.10.05 (ABSCHREIBUNG - CLASSEMENT)

03.3059

Motion Schweiger Rolf.

Elektrizitätsmarkt.

Sichere

Versorgung

Motion Schweiger Rolf.

Marché de l'électricité.

Garantir la sécurité

de l'approvisionnement

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.03

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.04

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.04 (FORTSETZUNG - SUITE)

03.409

Antrag der Mehrheit

Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Aeschbacher, Bäumle, Marty Kälin, Rechsteiner-Basel, Schenker Silvia, Stump, Wyss)

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité





Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Aeschbacher, Bäumle, Marty Kälin, Rechsteiner-Basel, Schenker Silvia, Stump, Wyss)
Ne pas donner suite à l'initiative

03.3059

Antrag der Mehrheit

Annahme der Motion

Antrag der Minderheit

(Marty Kälin, Aeschbacher, Bäumle, Menétrey-Savary, Rechsteiner-Basel, Schenker Silvia, Stump, Wyss)
Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité

Adopter la motion

Proposition de la minorité

(Marty Kälin, Aeschbacher, Bäumle, Menétrey-Savary, Rechsteiner-Basel, Schenker Silvia, Stump, Wyss)
Rejeter la motion

Keller Robert (V, ZH), für die Kommission: Ich habe von der UREK den Auftrag erhalten, Ihnen die parlamentarische Initiative Speck 03.409, "Elektrizitätsmarkt. Sichere Versorgung", sowie die Motion Schweiger 03.3059 zu unterbreiten. Anlässlich der Sitzung der UREK vom 23. Februar 2004 hat die Kommission diese Geschäfte beraten und beantragt, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben und die Motion anzunehmen. Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu diesen Geschäften: Am 22. September 2002 haben Volk und Stände das EMG abgelehnt. Der Bundesrat hat danach die Expertenkommission Elektrizitätswirtschaftsordnung (Elwo) eingesetzt, um zu einem neuen Elektrizitätsmarktgesetz zu kommen, das vom Volk getragen wird. Die Kommission, unter Leitung von Frau alt Regierungsrätin Dora Schaer-Born, hat gute Arbeit geleistet. Die Hauptgründe für die Bildung der Kommission Elwo waren die sichere Stromversorgung und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

AB 2004 N 446 / BO 2004 N 446

Diesbezüglich hat sich auch das Umfeld seit September 2002 verändert. Ich erwähne nur einige Hauptpunkte: Die neue EU-Richtlinie wurde verabschiedet, es geht vor allem um eine Marktöffnung im EU-Strombinnenmarkt für kommerzielle Verbraucher ab Juli 2004 und um eine Marktöffnung für alle Verbraucher ab Juli 2007; Neuregelung des grenzüberschreitenden Stromhandels; vor allem aber der Entscheid des Bundesgerichtes, dass das Kartellgesetz auch auf dem Elektrizitätsmarkt anwendbar sei, eine aufschiebende Wirkung durch das EVD wurde abgelehnt; das Black-out in Italien aufgrund überlasteter Leitungen; der Druck der Wirtschaft, insbesondere von energieintensiven Betrieben, die um ihre Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Raum und auch weltweit fürchten.

Die Zusammensetzung der Kommission Elwo war aufwendig; Expertengruppen sowie vier Begleitgruppen haben mitgearbeitet. Über 90 Personen waren beteiligt. Der Auftrag an die Kommission lautete, Eckwerte oder Grundsätze für ein neues Gesetz festzulegen, also nicht ein neues Gesetz auszuarbeiten, sondern Grundsätze zu definieren. Diese Arbeiten wurden Ende Januar 2004 präsentiert.

Das BFE geht nun an die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe sowie des Vernehmlassungspakets, der Termin ist etwa Mitte 2004. Die Elwo-Kommission könnte dann nach den Sommerferien zu den Entwürfen Stellung nehmen und hofft, dass ein neues Gesetz spätestens Mitte oder Ende 2007 in Kraft treten könnte.

Am Elwo-Projekt waren alle betroffenen Organisationen beteiligt. Dies führte natürlich nicht zu in allen Teilen befriedigenden Lösungen. Im Weiteren versuchte die Projektgruppe einvernehmliche Resultate zu erreichen, um ein Referendum zu umgehen. Was ist nun im Vergleich zum EMG im Elwo-Modell anders?

1. Die Grundversorgung und die Versorgungssicherheit haben höchsten Stellenwert und sollen deshalb gesetzlich geregelt werden.



2. Es wurde ein neues Wahlmodell für Haushalte kreiert. Dieses sollte den meisten Bedürfnissen entgegenkommen.

3. Es wurde ein schrittweises Vorgehen mit einem Referendumsrecht beim zweiten Öffnungsschritt gewählt. Im Detail sieht das wie folgt aus: Zugang zum Markt ab 2007 hätten auch die Endverteiler. Ab 2007 sollen Endkunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100 000 Kilowattstunden ihren Lieferanten frei wählen können. Zur Verständigung: 100 000 Kilowattstunden entsprechen etwa 20 000 Franken. Auch Kleinkunden sollen durch die verbesserte Vergleichbarkeit der Tarife und die Wahlfreiheit beim Endverteiler profitieren. Der Übergang zur zweiten Etappe, welche die Marktöffnung für alle Endverbraucher vorsieht, soll nach fünf Jahren, d. h. 2012, erfolgen und dem fakultativen Referendum unterliegen.

Im Gegensatz zur Mehrheit der UREK war sich die Expertenkommission Elwo einig, dass der aufgezeigte Weg ein in allen Teilen gangbarer Weg sei. Nach ausgiebiger Diskussion zeigte sich, dass das Projektteam wohl gute Arbeit geleistet hat, das Resultat jedoch nicht befriedigt. Aus diesem Grund wurde anschliessend von der UREK mit 16 zu 9 Stimmen der parlamentarischen Initiative Speck Folge gegeben. Ich fasse die wesentlichen Gründe für den Entscheid zusammen:

Die Initiative verlangt ein Bundesgesetz zum Elektrizitätsmarkt auf der Grundlage der unbestrittenen EMG-Bestimmungen. Die landesweite Versorgung mit Elektrizität unter besonderer Berücksichtigung der einheimischen Wasserkraft, auch für Haushalte der ländlichen Gebiete, ist zu gewährleisten. Der Markt ist derart geordnet auszugestalten, dass der Marktzugang für die KMU und die Reziprozität mit der Strommarktöffnung in der EU gewährleistet werden. Die Haushalte dürfen gegenüber der Wirtschaft in keiner Weise benachteiligt werden.

Es braucht eine rasche Regelung. Das Bundesgericht hat am 17. Juni 2003 entschieden, dass die Verweigerung der Stromdurchleitung seitens der Freiburgischen Elektrizitätswerke ein missbräuchliches Verhalten darstellt. Damit kann die Stromdurchleitung überall – ausgenommen sind Kantone mit einem gesetzlich-rechtlichen Monopol – auf gerichtlichem Weg erzwungen werden. Die wilde Marktöffnung ist also Realität. Es ist daher notwendig, dass bald eine gesetzliche Regelung Klarheit schafft, ansonsten werden die Gerichte eine Öffnung des Strommarktes durchsetzen.

Ein weiterer Grund für eine rasche Regelung ist der im europäischen Vergleich hohe Strompreis, unter welchem insbesondere die KMU zu leiden haben. Zudem ist auch die europäische Entwicklung zu beachten. In allen EU-Staaten muss der Strommarkt ab 2007 vollständig geöffnet sein.

Der Elwo-Prozess der Expertenkommission geht nach Ansicht der Mehrheit der UREK in die falsche Richtung. Das Ziel einer gesetzlichen Regelung muss ein schlankes Marktöffnungsgesetz sein, welches rasch Rechtssicherheit schafft. Mit der Elwo kann dieses Ziel aber kaum erreicht werden.

Der Prozess der Elektrizitätswirtschaftsordnung befindet sich im Vergleich zum ursprünglichen Zeitplan bereits im Rückstand. Es ist daher anzunehmen, dass die Elwo nicht wie vorgesehen Mitte 2007 in Kraft tritt. Die Elwo bringt eine massive Überreglementierung, neue Vorschriften, Abgaben und eine massive Erweiterung der Bundeskompetenzen, was dem Ziel, rasch ein schlankes Marktöffnungsgesetz in Kraft zu setzen, zuwiderläuft. In der ersten Etappe der Umsetzung der Elwo sollen nur wenige Grossverteiler, rund 1,5 Prozent der Endkunden, Zugang zum Markt haben. Das Nachsehen haben die KMU und die Haushalte, welche frühestens Mitte 2012, wahrscheinlich später, vielleicht auch nie, den Stromlieferanten frei werden wählen können.

Der schnellere und wirtschaftsfreundlichere Weg zur Strommarktöffnung ist die parlamentarische Initiative Speck. Mit der Annahme der parlamentarischen Initiative Speck und der Zurückstellung der Elwo-Vorlage kann die Politik die Grundlage für die rasche Schaffung eines schlanken Strommarktgesetzes schaffen. Die parlamentarische Initiative garantiert gegenüber dem Elwo-Prozess ein rascheres Vorgehen, da die Kommission so ohne verzögernden Umweg über die Verwaltung einen Gesetzentwurf ausarbeiten kann.

Während die Elwo-Vorlage frühestens in der Frühjahrssession 2005 in den Erstrat gehen wird, ist es mit der parlamentarischen Initiative bei schnellem Vorgehen möglich, die Vorlage bereits in der Wintersession 2004 oder der Frühjahrssession 2005 im Nationalrat zu behandeln. Gegenüber der Elwo-Vorlage ist es mit der parlamentarischen Initiative noch möglich, ein schlankes, wirtschaftsfreundliches Gesetz zu erarbeiten. Die parlamentarische Initiative fordert ein Marktgesetz, welches bis hin zu den Kleinbetrieben eine Öffnung bringt. Damit wird im Gegensatz zur Elwo die Benachteiligung dieser Kleinbetriebe ausgeschlossen.

In der weiteren Ausgestaltung der in Form einer allgemeinen Anregung eingebrachten parlamentarischen Initiative wird sich zeigen, ob nicht sogar die vollständige Marktöffnung ab 2007 ins Auge gefasst werden soll.

Die UREK empfiehlt Ihnen im Verhältnis von 16 zu 9 Stimmen, der parlamentarischen Initiative Speck Folge zu geben. Auch die Motion Schweiger wird zur Annahme empfohlen, um den Druck auf den Bundesrat aufrechtzuerhalten. Die beiden Vorstösse sollen nun gemäss der Mehrheit der UREK überwiesen werden; dann kann zusammen mit der Verwaltung raschestmöglich ein in allen Teilen befriedigendes Gesetz erarbeitet werden.



Dabei sind die positiven Mosaiksteine – und davon hat es im Projekt Elektrizitätswirtschaftsordnung und im EMG viele – zu berücksichtigen.

Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen, der parlamentarischen Initiative Speck Folge zu geben und die Motion Schweiger anzunehmen.

Chevrier Maurice (C, VS), pour la commission: La commission a traité, lors de sa séance du 23 février 2004, deux interventions parlementaires traitant du même objet, à savoir, d'une part, l'initiative parlementaire Speck et, d'autre part, la motion Schweiger. Ces deux textes poursuivent le même but, utilisent les mêmes termes, ce qui justifie la tenue d'un seul débat au plénum.

De quoi s'agit-il? Au lendemain de l'échec devant le peuple de la loi sur le marché de l'électricité à l'automne 2002, tant

AB 2004 N 447 / BO 2004 N 447

les parlementaires que l'Office fédéral de l'énergie ont manifesté leur volonté de ne pas croiser les bras, mais au contraire d'élaborer le plus rapidement possible une nouvelle loi. Chacun s'accorde à dire que le laisser-faire ou le statu quo ne sont pas des solutions, qu'une ouverture sauvage du marché de l'électricité s'avérerait catastrophique et qu'au vu de l'échéance européenne de 2007, il convient d'agir urgemment.

C'est ainsi que l'Office fédéral de l'énergie a nommé une commission d'experts dite OSEL – pour organisation du secteur de l'électricité – avec le mandat de préparer, d'ici la mi-2004, un projet de loi prêt à être mis en consultation. Madame Dora Schaer-Born, ancienne conseillère d'Etat et présidente de ladite commission d'experts, a informé notre commission parlementaire de l'avancement des travaux.

Il en ressort que les organisations ont été consultées, que quatre groupes de travail ont été constitués – marché, approvisionnement, transparence, énergies renouvelables –, que le projet prend forme et que le timing sera respecté. L'objectif, tant de la commission d'experts que des auteurs de l'initiative et de la motion, est de répondre à trois questions:

1. Quels sont les moyens qui permettent de garantir l'avenir du service public ou, plus exactement, l'approvisionnement en électricité de l'ensemble du territoire suisse, et plus spécialement des zones rurales et des régions de montagne?
2. Comment garantir aux petites et moyennes entreprises un prix de l'énergie concurrentiel sur la scène européenne, et aux entreprises électriques une ouverture ordonnée du marché?
3. Comment régler les problèmes de transit et de réciprocité avec l'Union européenne?

Les discussions au sein de la commission ont démontré ou confirmé:

1. que les incertitudes liées à la sécurité de l'approvisionnement ont constitué la principale cause du rejet de la LME en votation populaire;
2. que l'économie attendait un signe fort du Parlement fédéral pour savoir si, dans un délai raisonnable, le marché de l'électricité s'ouvrirait et si oui, comment;
3. qu'un signal en direction d'une ouverture rapide et ordonnée, prévoyant une réciprocité, doit être adressé l'Union européenne qui, dans ce domaine comme dans d'autres, accentue sa pression sur la Suisse;
4. que le consommateur exige plus de transparence sur le marché de l'électricité: il veut savoir d'où provient le courant, quelle est la proportion des différentes formes de production et combien cela coûte;
5. que le fait de laisser régler ces problèmes par des décisions de la Commission de la concurrence ou du Tribunal fédéral, n'était pas une solution et ne pouvait être que provisoire; la nécessité d'une réglementation spéciale s'imposant.

Pour toutes ces raisons, la commission, par 16 voix contre 9, vous propose de donner suite à l'initiative parlementaire Speck et de transmettre la motion Schweiger.

Il faut comprendre ce vote comme un signe tangible donné par le Parlement dans la bonne direction. Ce oui démontrerait également la volonté du Parlement de marquer sa présence dans le processus en cours, de l'accompagner, le cas échéant d'en prendre le leadership.

Rappelons que nous sommes dans la première phase et qu'en cas d'acceptation, il appartiendra ensuite au Bureau de donner à la commission de son choix le mandat de préparer un projet de loi. Ladite commission définira, le moment venu, sa manière de travailler, de collaborer. Elle fixera ses objectifs et les moyens à mettre en oeuvre pour les atteindre. Nous lui faisons entière confiance. Elle saura éviter les doublons, les procédures parallèles, les pertes de temps inutiles. Ce modèle d'approche bicéphale, si vous me permettez l'expression, n'est pas nouveau. L'ancien conseiller aux Etats René Rhinow l'avait testé et l'avait expérimenté avec succès dans le cadre d'un objet totalement différent qui était la réforme de l'Etat.



Je vous incite, avec une majorité de la commission, à donner une impulsion dans le bon sens. Il s'agit d'un vote dont la portée symbolique dépasse largement la question soulevée.

Speck Christian (V, AG): Zuerst ein Wort zu meinen Interessenbindungen: Ich bin VR-Präsident der AEW Energie AG im Kanton Aargau und VR-Vizepräsident der Axpo Holding AG. Ich bin vor allem aber aktiver Bäckermeister und Präsident – das haben Sie letzten Donnerstag bemerkt – meines Berufsverbandes. Ich sehe deshalb die Problematik der Strommarktöffnung auch aus der Sicht der Konsumenten, der KMU-Betriebe. Vor rund einem Jahr habe ich die parlamentarische Initiative eingereicht, um auch nach der Ablehnung des EMG die darin enthaltenen zentralen Anliegen wieder aufzunehmen. Vor allem ging es mir um die unbestrittenen zentralen Anliegen, dies aus der Überzeugung heraus, dass sich eine Marktöffnung im Strombereich positiv auf das Wirtschaftswachstum und damit auf die Volkswirtschaft auswirken wird. Es wurde zudem sowohl vom UVEK wie auch von unabhängigen Experten klar festgestellt, dass die Schweizer KMU, die zwei Drittel der Arbeitsplätze repräsentieren, im europäischen Vergleich zu hohe Strompreise bezahlen.

Doch nicht nur aufgrund der Strompreise ist Handlungsbedarf gegeben: In der Zwischenzeit hat sich die Situation im Strommarkt grundlegend geändert. Das Bundesgericht hat am 17. Juni 2003 entschieden, dass die Verweigerung der Stromdurchleitung seitens der Freiburgischen Elektrizitätswerke FEW gegenüber der Watt Suisse/Migros ein missbräuchliches Verhalten darstellt. Dieser Entscheid bedeutet, dass jeder Stromkonsument die Stromdurchleitung für Dritte gestützt auf das Kartellrecht erzwingen kann. Dies hat auch der Bundesrat kürzlich in seiner Antwort auf eine Interpellation bestätigt. Der Strommarkt ist deshalb faktisch geöffnet. Die von niemandem gewollte wilde Strommarktöffnung ist Realität. In der Praxis werden jedoch nur grosse Strombezügler diese Möglichkeit nutzen können. Es besteht somit die Gefahr, dass die Gerichte, gestützt auf das Kartellgesetz, die volle Strommarktöffnung durchsetzen und uns vor vollendete Tatsachen stellen. Um dies zu verhindern, muss rasch eine gesetzliche Regelung geschaffen werden. Das Feld darf nicht den Richtern überlassen werden; es kann auch nicht sein, dass sich nur marktkräftige Unternehmen den Zugang zum Markt verschaffen können und KMU-Betriebe einmal mehr benachteiligt werden.

Der Bundesrat hat am 7. März 2003 die Expertenkommission beauftragt, ein Gesetz zum Elektrizitätsmarkt vorzubereiten. Diese Kommission hat nun die Eckwerte für ein neues Gesetz vorgestellt. Danach soll der Strommarkt in zwei Etappen geöffnet werden. Ab 2007 sollen Grossverbraucher mit über 100 000 Kilowattstunden pro Jahr – das sind ungefähr 1,5 Prozent der Stromkunden – freien Marktzutritt haben. Die grosse Mehrheit der KMU kann erst ab 2012 auf den freien Markt hoffen – hoffen deshalb, weil die zweite Etappe von einem fakultativen Referendum abhängig gemacht wird. Es kann deshalb durchaus sein, dass die dringend notwendige Marktöffnung für kleinere KMU auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Zudem lassen die von der Expertenkommission verabschiedeten Eckwerte darauf schliessen, dass uns eine beispiellose Überreglementierung und zusätzliche Abgaben drohen.

Mit diesen Eckwerten hat die heterogen zusammengesetzte Expertenkommission den angestrebten Konsens, eine schlanke Regelung für den sich wild öffnenden Markt, nicht erreicht. Es ist nicht akzeptabel, dass zwei Drittel der Gewerbebetriebe bis auf weiteres vom freien Strommarkt ausgeschlossen bleiben, dafür aber zusätzliche Vorschriften in Kraft gesetzt und der Wirtschaft neue Abgaben aufgebürdet werden. Das Ziel muss ein schlankes Gesetz sein, welches rasch in Kraft tritt und den sofortigen Marktzugang auch für das Gewerbe beinhaltet. Zudem muss es die sichere Versorgung garantieren und das Volks-Nein zum EMG berücksichtigen. Die grosse Mehrheit der UREK empfiehlt deshalb, meiner Initiative Folge zu geben, dies aus der Überzeugung, dass mit

AB 2004 N 448 / BO 2004 N 448

der parlamentarischen Initiative die genannten Ziele erreicht werden können. Mit der Initiative ist gewährleistet, dass alle KMU bereits zu Beginn Marktzugang erhalten. Ebenso wird die einheimische Wasserkraft gestärkt, die Stromversorgung sichergestellt, insbesondere auch für Haushaltkunden in ländlichen Regionen. Zudem hat das Parlament mit der Initiative die Möglichkeit, den Fahrplan wieder selber zu bestimmen. Wir werden bei einer Annahme der Initiative in der UREK mit einer Subkommission in der Lage sein, dem Erstrat rasch einen schlanken, KMU-freundlichen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Die Grundlagen sind mit den unbestrittenen Elementen des EMG bereits vorhanden.

Noch eine Bemerkung zu Ziffer 2 der Initiative, wo ich die Haushalte vorerst vom Marktzugang ausschliessen möchte: Ich schlage dies aufgrund der Analysen zum Ausgang der Abstimmung über das EMG vor. Es ist aber im Verlaufe der parlamentarischen Beratung zu überlegen, ob in Übereinstimmung mit den Eckwerten der Expertenkommission das Wahlmodell für Haushaltkunden diskutiert werden kann. Dies ist möglich, da ich meine Initiative bewusst in der Form der allgemeinen Anregung eingereicht habe. Nach dem Entscheid



der Wettbewerbskommission und aufgrund der internationalen Entwicklung ist eine rasche und umfassende Regelung des sich wild öffnenden Marktes notwendig.

Ich bitte Sie, meiner parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Au nom de la forte minorité de la commission, je vous propose de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Speck et de ne pas transmettre la motion Schweiger. Après le refus de la loi sur le marché de l'électricité, les milieux favorables à l'ouverture ont dû ronger leur frein. Les préoccupations économiques de certaines entreprises d'électricité et leur impatience sont à la mesure des promesses peut-être inconsidérées qu'elles avaient faites à leurs clients en anticipant l'ouverture du marché. De plus, vous l'avez entendu, l'Union européenne va vite et met la Suisse sous pression. Enfin, l'arrêt du Tribunal fédéral concernant les Entreprises électriques fribourgeoises a consacré de fait l'ouverture du marché sous l'égide de la loi sur les cartels. Il n'en fallait pas davantage pour créer le branle-bas de l'urgence.

La commission d'experts mise sur pied par le Conseil fédéral a donc avancé à un rythme inusité jusqu'ici, puisqu'en quelques mois, elle a réussi à poser les principes d'une nouvelle législation. Le calendrier a été établi de manière à rattraper autant que possible celui de l'Union européenne. Un projet de loi sera mis en consultation dès l'automne prochain; nous le discuterons en 2005/06.

Tout ce que l'initiative parlementaire Speck parviendra à faire, c'est de bouleverser ce calendrier et de le ralentir, alors qu'elle prétend l'accélérer. Tout le monde part du principe, vous l'avez entendu de la bouche de mes préopinants, qu'il faut éviter une ouverture du marché chaotique et sauvage, et qu'il faut donc une nouvelle loi. Mais il ne sert à rien de refaire dans l'urgence une deuxième LME qui risque d'être de nouveau rejetée par le peuple en référendum.

La commission d'experts a travaillé non seulement avec rapidité, mais aussi avec prudence pour éviter un deuxième échec. Monsieur Speck, ainsi que ceux qui souhaitent donner suite à cette initiative parlementaire, n'ont ni cette prudence, ni cette bonne maîtrise du temps. Selon les explications qu'ils viennent de nous donner – en commission, mais aussi ici, ils entendent imprimer leur marque au processus en cours, ils prétendent maintenir la pression, garder la maîtrise du processus. C'est en quelque sorte une déclaration de défiance vis-à-vis de la commission d'experts, c'est une manière de court-circuiter son travail et, dans la mesure où leur ambition est d'ouvrir beaucoup plus rapidement la voie à une ouverture complète du marché, c'est une sorte de déni de démocratie par rapport au vote du peuple de 2001.

D'ailleurs, je peux aussi rappeler qu'en décembre 2002, le groupe des Verts avait déposé une initiative parlementaire (02.474) demandant justement l'élaboration d'une nouvelle loi. Cette initiative précisait les orientations que les Verts souhaitaient donner à cette législation, en mettant – comme on s'en doute – l'essentiel de leurs préoccupations sur les énergies renouvelables. La commission avait rejeté cette initiative, estimant que les résultats de la commission d'experts devaient suivre la voie législative ordinaire. Il n'y a donc aucune raison d'accepter aujourd'hui ce que la commission refusait hier et de laisser les partisans de l'ouverture faire pression pour imposer leurs vues.

Mais c'est surtout le résultat pratique de cette stratégie qui fait problème ici. Si nous donnons suite à cette initiative, nous risquons en effet de devoir conduire en parallèle deux processus législatifs relativement incompatibles. Compte tenu du fait que nous pourrions plus intelligemment discuter en toute démocratie lors de l'examen du projet que le Conseil fédéral tirera des conclusions des experts, nous ne pouvons que déplorer l'énergie et le temps qui seront ainsi perdus. Selon les prévisions les plus optimistes, le traitement de l'initiative parlementaire retardera l'élaboration de la loi au moins d'une année. Pour des gens pressés, c'est évidemment un drôle de calcul.

Cette opération ressemble à un autogoal et c'est pourquoi, encore une fois, la minorité vous recommande de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Speck et de ne pas transmettre la motion Schweiger.

Marty Kälin Barbara (S, ZH): Unmittelbar nach der Ablehnung des EMG durch den Souverän hat der Bundesrat eine Expertenkommission eingesetzt, die einen gangbaren Weg aufzeigen soll. Diese Expertenkommission für eine Elektrizitätswirtschaftsordnung (Elwo) hat ihren Bericht kürzlich vorgelegt. Eigentlich wäre der weitere Weg jetzt klar: Nach dem Bericht der Expertenkommission folgen die Vernehmlassungen, dann die politischen Diskussionen und anschliessend eine Botschaft ans Parlament, über die dieses diskutieren und zu der es einen Beschluss fassen könnte.

Sowohl die Motion Schweiger wie auch die parlamentarische Initiative Speck wollen dieses Verfahren beschleunigen; der Begriff "rasch" ist – glaube ich – in jedem Votum meiner Vorredner gefallen. Sie wollen eine Beschleunigung, ohne allerdings zu erklären, wieso der Weg über eine parlamentarische Initiative der schnellere sein soll, und ohne zu erklären, warum das Parlament eine Motion überweisen soll, deren Frist – eine



Gesetzesvorlage bis Ende 2003 – immerhin seit einem Vierteljahr abgelaufen ist und deren Auftrag der Bundesrat vor allem bereits erfüllt hat.

Die Motion könnte demnach mit genau dieser Begründung als erfüllt abgeschrieben und die parlamentarische Initiative als überflüssig zurückgezogen werden. Dass weder der Initiant Speck noch der Motionär Schweiger dies tun, lässt eigentlich nur den Schluss zu – auch das war aus den Voten zu hören –, dass es eben nicht um das geltend gemachte Beschleunigen geht, sondern um andere Inhalte und um eine andere Stossrichtung. Im Wissen darum, dass dieser Weg, wenn der Rat diesen beiden Vorstössen zustimmt, sehr viel mehr Zeit beansprucht, wird die zuständige Kommission – den Segen des Büros vorausgesetzt – eine Subkommission einsetzen, die dann eine eigene Vorlage ausarbeiten wird.

Das wiederum kann nur bedeuten, dass der Vorschlag der Elwo als gescheitert zu betrachten ist, noch bevor er überhaupt inhaltlich diskutiert wurde. Vielleicht ist er das tatsächlich; vielleicht wurde er aber einfach falsch aufgefasst, indem man die Grundlagen der Experten und deren konkrete Vorschläge – genannt wurden die teilweise Marktöffnung ab 2007 und die vollständige Öffnung ab 2012 – als fertigen Kompromiss und nicht als Vorarbeit verstanden hat.

Selbstverständlich hat auch die SP ihre Vorstellungen davon, was nach dem EMG-Nein im Strommarkt passieren soll. Die Vorschläge der Expertenkommission Elwo entsprechen in keiner Weise unseren Forderungen. Wir anerkennen den Regelungsbedarf im Stromsektor, verlangen aber gleichzeitig mit der Transitregelung wirksame flankierende

AB 2004 N 449 / BO 2004 N 449

Massnahmen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Stromtransit, Betrieb des Hochspannungsnetzes und Stärkung der erneuerbaren Energien sind in einem Paket zu regeln, weil sie zusammengehören. Eine Teilöffnung kommt für uns nicht infrage, nicht zuletzt deshalb, weil die Nachteile in einem liberalisierten Markt immer offensichtlicher werden.

Bei der Stärkung der erneuerbaren Energien soll auf den bestehenden Rechtsgrundlagen aufgebaut werden, wie sie im Energiegesetz verankert und kürzlich auch verbessert wurden. Dabei ist der Zuwachs an erneuerbaren Energien in Prozenten des Gesamtenergieverbrauchs zu definieren.

Die garantierte Einspeisevergütung hat sich bei uns und im Ausland als tragfähige Lösung erwiesen; sie ist deshalb als zentrales Instrument auszubauen. Für bestehende Wasserkraftwerke ist die kostendeckende Vergütung bei Modernisierungen ebenfalls anzuwenden, sofern die Wasserkraftwerke die Vorschriften des Gewässerschutzgesetzes bezüglich Restwassermengen einhalten.

Wir müssen die Ausbaumöglichkeiten der Kraftwerke mit einbeziehen, damit die Wasserkraft wegen der langfristigen Investitionen nicht ihre Konkurrenzfähigkeit verliert. Vor allem wollen wir wissen – zusammen mit den Konsumentinnen –, wie die Versorgungssicherheit in einem liberalisierten Strommarkt denn aussehen soll. Diese Diskussionen müssten wir jetzt führen.

Die Grundlagen der Experten liegen vor. Bundesrat und Verwaltung haben ihre Aufgaben in einem Tempo erledigt, von dem das Parlament nur träumen kann. Es ist völlig absurd, wenn wir die gleichen Aufgaben nochmals machen, indem wir der parlamentarischen Initiative Speck Folge geben und die erfüllte Motion Schweiger annehmen. Schneller geht das auf keinen Fall, besser wird es vermutlich auch nicht.

Ich schlage Ihnen deshalb vor, dass wir auf diese Umwege verzichten und uns an die materielle Arbeit machen.

Präsident (Binder Max, Präsident): Ich beantrage Ihnen, hier das Geschäft auszusetzen.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu